

Erscheint zweimal
monatlich!Abonnement für
10 Nummern S 1.—
(inkl. Postzustellung)Österr. Postsparkassen-
Konto Nr. 119.471

Arbeiter-Stimme

**Organ der Kommunistischen Partei Österreichs
(Opposition)**Redakt.: Wien, XVIII.,
Vinzengasse 24, Tel.
20-2-69. — Admini-
stration: Wien, XVII.
Sautergasse Nr. 26/10,
Telephon Nr. 86-8-23

Wien, Mitte Oktober 1927

Nr. 16

Schnallt den Hungerriemen enger!

**Brot und Fleishteuerung, gleichbleibende Arbeitslosigkeit,
Vorbereitung des Angriffs auf den Mieterschutz!**

Der Kamm der Bourgeoisie schwillt von Tag zu Tag. In der reaktionären Seipelregierung steigt der Einfluß der brutalsten Scharfmacher, der Faschisten vom Landbund, die die Lebensmittelzölle diktieren, den Mieterschutz sofort beseitigen wollen

und deren Programm politisch lautet: Beseitigung des allgemeinen Wahlrechts, Todesstrafe, Beseitigung des Streikrechtes, Aufrichtung einer faschistischen Diktatur gestützt auf die bewaffneten Heimwehren- und Frontkämpfer-Formationen.

Die offene Reaktion erhebt frech ihr Haupt. Je mehr die sozialdemokratischen Führer angesichts der Offensive der Bourgeoisie zusammenknicken und mit schlotternden Knien um die Koalition betteln, umso brutaler wird die Offensive der Scharfmacher. Nicht nur auf politischem Gebiet! Nicht nur auf dem Gebiet der Klassenjustiz! Der Angriff gegen den proletarischen Haushalt ist ein Hauptgebiet der gegenwärtigen Offensive des Kapitals.

Der Brotpreis wurde um 4 Groschen erhöht

und diese durch nichts als durch die nackte Profitgier der Brotfabrikanten bedingte Verteuerung des Brotes ist nur

der Beginn der Brotverteuerung.

Denn die

Zölle auf Brot, Mehl und Brotgetreide

die noch im Zollausschuß »beraten« werden, müssen zwangsläufig eine noch

unvergleichlich größere Brotverteuerung

bewirken. Ebenso werden die Fleischzölle dem Arbeiter den

den letzten Bissen Fleisch

am Sonntag rauben.

Der Raubzug der Brotwucherer, der Fleischspekulanten bildet das Signal zu

einer allgemeinen Lebensmittelverteuerung

die jetzt schon beim

Gemüse

stark fühlbar wird.

Wenn aber die Agrarier wuchern, da können die Kohlenbarone

nicht müßig bleiben. Und so beginnt gerade jetzt, wo die zunehmende Kälte die Kohle im proletarischen Haushalt notwendiger als sonst macht

die Verteuerung der Kohle um 28 Groschen beim Meterzentner

Und während die Teuerung wächst, sinkt nicht die gewaltige Ziffer der Arbeitslosenarmee.

Mit aufreizender Gleichgültigkeit stellen die Führer der Gewerkschaften fest, »daß 50 Prozent der Arbeitslosen kaum jemals Gelegenheit haben werden, in den Betrieb unterzukommen«.

Was sollen diese 80-100.000 Arbeitslosen machen?

für die, selbst bei Besserung der Konjunktur keine Beschäftigungsmöglichkeit besteht?

Sollen sie langsam verhungern?

Und doch kann diesen Arbeitern geholfen werden, doch gibt es Arbeit für sie, wenn der energische Kampf aufgenommen wird. Straßenbauten, Elektrifizierung, Bodenverbesserungen bieten Arbeitsgelegenheit für viele Zehntausende. Es fehlen die Mittel, sagen die neunmalweisen Gewerkschaftsbürokraten!

Die Mittel sind vorhanden.

Man nehme nur endlich den energischen Kampf auf für die

entschädigungslose Beschlagnahme der Kirchen- und Kloster-schätze,

man nehme den Kampf auf für die entschädigungslose Enteignung der

riesigen aristokratischen Grundbesitze

vor allem im Burgenland.

Natürlich mit der Politik des Schweifwedelns und um Koalition betteln, kann weder

den Arbeitern, noch den Arbeitslosen, noch den Kleinbauern geholfen werden

jenen zehntausenden Kleinbauern, die heute unter dem Steuerdruck zusammenbrechen und unter teilweiser Mißernte (Weinbaugebiete) stöhnen.

Die Bourgeoisie greift an, mit allen Mitteln, mit Hungerpeitsche und Klassenjustiz, sie bereitet vor

den Generalangriff auf den Mieterschutz.

Da gibt es nur einen Weg, nur eine Rettung.

Alle Kämpfe, wirtschaftliche und politische, die Bewegungen aller Schichten der Ausgebeuteten, der Arbeiter, Arbeitslosen und Kleinbauern zusammenzufassen zu einer großen, gewaltigen Kampf-front, den Kampf aufzunehmen:

Für Arbeit und Brot!**Gegen Lebensmittelwucher und Raubzölle!****Gegen den Abbau des Mieterschutzes!****Gegen die Klassenjustiz und Reaktion!****Für den Sturz der Seipelregierung!****Für die Arbeiter- und Bauernregierung!**

Die Bourgeoisie bereitet den Bürgerkrieg planmäßig vor.

Die Reaktion ist seit ihrem Sieg am 15. Juli heftig aktiv geworden. Hohnlachend läßt sie die Kapitalanten vom 15. Juli, die Führer der Sozialdemokratie, darüber schwatzen, ob es besser sei, sofort in die Koalition zu gehen (Renner's Meinung) oder erst ein bißchen später (Bauer's Auffassung). Die Reaktion redet nicht so viel, sie rüstet. Wie Pilze schießen die Heimwehrorganisationen aus dem Boden hervor. Mit unzweideutiger Offenheit bereiten die Regierungsparteien, an der Spitze die Landbund-Faschisten, den

faschistischen Umsturz vor. Die Herren vom Industriellenverband liefern dazu die Geldmittel. In einem Rundschreiben vom 23. September fordert der Präsident des Wiener Industriellenverbandes, der bekannte Scharfmacher Alfred Hauser, die Industriellen auf »2 Promille der Lohn- und Gehaltssumme für die Dauer vom 1. Oktober 1927 bis September 1928« für einen außerordentlichen Fond abzuliefern um

„allem Möglichen gegenüber gerüstet zu sein.“

Ueber den Zweck dieses außerordentlichen Fonds besteht kein Zweifel. Die Milliardensummen sollen zur militärischen Ausrüstung des Faschismus dienen.

Wohin steuert die Sozialdemokratie?

Die Ursachen des 15. Juli.

In den Jahren 1920 bis 27 hat die Bourgeoisie ihren Gewaltapparat wiederaufgebaut. Wodurch wurde diese Umwälzung möglich? Durch die unscheinbare, fast unmerkliche, aber stetige Verwaltungsarbeit der Bourgeoisie. Dadurch hat sie die Kommandostäbe allmählich umgeschichtet, hat sie die Zusammensetzung der Mannschaft allmählich verändert, hat sie die geistige Einstellung der Mannschaft allmählich verändert. Das Ergebnis dieses unscheinbaren, molekularen Prozesses ist — der 15. Juli. Der 15. Juli hat diese Verschiebung der Machtverhältnisse erst sichtbar gemacht.

Durch welche Politik hätten wir das Wiedersteigen des bürgerlichen Gewaltapparats verhindern können und sollen? Die Wiederaufrichtung des Gewaltapparats, der die bürgerliche Ordnung beschützt, ist nicht eine Folge von »Fehlern« die wir begangen hätten, sondern unabwendbares Resultat der ganzen geschichtlichen Entwicklung Europas von 1919 bis heute. Keine Änderung unserer Taktik, weder nach links, noch nach rechts, hätte die Bourgeoisie hindern können, von den Möglichkeiten Gebrauch zu machen, die ihr die allgemeine europäische Entwicklung gegeben hat. So Otto Bauer.

Wahrhaftig, Bauer macht sich Frage und Antwort sehr leicht. Die Vorgeschichte des Juli fängt bei ihm erst 1920 an. Aber um den 15. Juli 1927 zu verstehen, muß man bis zum November 1918 zurückgehen.

»Damals 1918-19, hat die Bourgeoisie, durch den Zusammenbruch und Umsturz erschreckt, kampflos kapituliert« sagt Bauer selbst. Und was tat da die Sozialdemokratie? Hat sie die Lehren der 48er Revolution, der Pariser Kommune, hat sie die Lehren selbst nur Lasalles befolgt, der als das Grundgebot der Revolution erklärte: Zuerst die tatsächlichen Machtverhältnisse ändern, dann erst Gesetze drehen! Sie tat das Gegenteil: sie stürzte sich in die Massenfabrikation von Gesetzen und ließ die tatsächlichen Machtverhältnisse im Wesen unberührt, so wie die demokratischen Schönredner und Gesetzfabrikanten es anno 1848 getan hatten.

Der Kommandoapparat der Staatsmaschinerie, was hat die Sozialdemokratie damals, 1918-20, als sie es spielend konnte, an ihm geändert? Nichts, gar nichts! Die Bourgeoisie hatte 1920 bis 27 gar nicht nötig, den Kommandoapparat erst »umzuschichten«. Das Offizierskorps des Heeres, der Polizei, der Gendarmerie ist heute klassenmäßig genau so zusammengesetzt als damals 1920, da die Bourgeoisie das Korps aus den Händen der dominierenden Sozialdemokratie übernommen hat.

Die Zusammensetzung der Mannschaft, was hat die Sozialdemokratie damals, 1918-20, als sie es spielend konnte, daran geändert?

In der Polizei und Gendarmerie ließ sie die Zusammensetzung der Mannschaft so, wie sie sie von der Monarchie übernommen. Mehr noch. 1919-20 — unter der dominierenden Sozialdemokratie! (Eldersch) — wurde der Mannschaftsstand der Polizei und Gendarmerie wesentlich verstärkt und zwar nicht mit Arbeitern, sondern mit agrarischen Elementen. Diese Zusammensetzung hat die Bourgeoisie 1920 übernommen, sie hatte nicht nötig, klassenmäßig daran etwas zu ändern.

Und in der Wehrmacht? Gewiß, hier hat die Bourgeoisie 1920-27 die Zusammensetzung etwas geändert. Aber wer hat ihr das erleichtert? Statt die Wehrmacht organisatorisch auf die im Feuer der Revolution zusammengeschmiedeten Volkwehrebataillone zu gründen, zerriß die Sozialdemokratie durch Deutschland die alten Volkwehrebataillone in tausend Fetzen, schwächte so die Position der Soldaten, schwächte darüber hinaus durch gewaltige Einschränkung der Rechte der Soldatenräte die Position der Vertrauensmänner der Soldaten, stärkte so die Position der klassenmäßig feindlichen Offiziere und erleichterte es ihnen, die Umschichtung im Heer einzuleiten.

Die Kommandogewalt klassenmäßig in den Händen, war es für die bürgerlichen Kommandanten in

Polizei, Gendarmerie, Heer nur eine Frage der Zeit, auch die geistige Einstellung der Mannschaft allmählich umzubilden.

Der »molekulare Prozeß der Wiederaufrichtung der bürgerlichen Gewalt«, er ist nicht automatisch vor sich gegangen, die Sozialdemokratie hat darin eine höchst aktive Rolle gespielt.

Und auch »die ganze geschichtliche Entwicklung Europas von 1919 bis heute«, sie war kein automatischer Prozeß. Die österreichische Sozialdemokratie, die sozialdemokratischen Parteien aller Länder, die 2. (und — seligen Gedenkens — 2^{te}) Internationale, sie alle haben darin eine höchst aktive Rolle gespielt.

Machtpolitisch: sie haben den staatlichen Macht- und Verwaltungsapparat klassenmäßig unverändert gelassen, überall dort, wo sie die Macht dazu hatten, ihn zu ändern.

Wirtschaftspolitisch: als die Arbeiterschaft die Sozialisierung forderte, wer sagte da: zuerst müssen wir aufbauen, dann können wir sozialisieren? Wer gab 1919 die Losung des Wiederaufbaues? Otto Bauer! Die Sozialdemokratie!

Die »Wiederherstellung der durch den Krieg erschütterten kapitalistischen Wirtschaft«, die »Wiederaufrichtung der durch die Revolution unterbrochenen Herrschaft der Bourgeoisie«, sie war nicht das Ergebnis einer automatisch vor sich gehenden Entwicklung, sondern das Resultat der Politik der Kapitalistenklasse, ermöglicht durch die aktive Hilfe der sozialdemokratischen Politik!

Die letzte Ursache des 15. Juli liegt nicht in irgendeinem automatischen »molekularen Prozeß« und nicht in einer automatischen »geschichtlichen Entwicklung«, sondern in der absolut unproletarischen kleinbürgerlichen Politik der Sozialdemokratie in der entscheidenden Zeit (1918-20) auf dem entscheidenden Feld, auf dem Gebiet des staatlichen Macht- und Verwaltungsapparates.

Die linke Opposition in der SP.

»In der Zeit der Koalition (1918-20) hat es ernste Meinungsverschiedenheiten in unseren Reihen gegeben. Bauer hütet sich mehr zu sagen, sonst müßte er an die revolutionäre Linke in der SP erinnern, die damals die größten Anstrengungen machte die sozialdemokratische Politik zu wenden.

Der 15. Juli hat breite Kreise sozialdemokratischer Arbeiter stutzig gemacht und viele zum Denken gebracht. Langsam entwickelt sich daraus wiederum eine linke Opposition in der SP. Diese Opposition kann in ihrem Aufkommen nicht anders als unzulänglich sein. Sie sah am 15. Juli das Versagen der proletarischen Wehr. Darum wirt sie sich naturgemäß auf die Frage der Wehrhaftigkeit. Sie sah die Niederlage. Sie prüft naturgemäß deren unmittelbare Ursachen; sie prüft die sozialdemokratische Politik, die dem 15. Juli unmittelbar voranging. Um sie zu erledigen geht Bauer bis auf 1920 zurück. Die linke Opposition wird ihm folgen müssen. Sie wird, um ihn zu widerlegen, bis 1918 zurückgehen müssen und wird so den Kampf um dieselben Probleme aufnehmen müssen, um die 1918 bis 20 die revolutionäre Linke in der SP gekämpft hat. Sie wird sich in diesem Kampf klären und härten.

Bauer macht sich die Erledigung der linken Opposition sehr leicht. »Seit dem November 1918 war unsere ganze Politik durch das Prinzip bestimmt, alles bis zum äußersten daran zu setzen, um den Bürgerkrieg zu vermeiden. ... Nur deshalb haben wir am 15. Juli nicht zu den Waffen gegriffen. Die ganze Kritik von links bricht in nichts zusammen, wenn man zugibt, daß dieses Prinzip richtig war und bleibt. Nun, es gibt einen »man«, der das nicht zugibt. Dieser »man« ist der — 15. Juli. Er hat durch blutige Tatsachen bewiesen, daß die ganze von diesem Prinzip geleitete sozialdemokratische Politik den Bürgerkrieg nicht vermeidet, sondern bloß die eigenartige Form des Bürgerkrieges herbeiführt, wobei nur die einen schießen und nur die anderen fallen und diese anderen eigenartiger Weise lauter Arbeiter sind. Schon die Schüsse auf Birnacker, Still, Kovarik, Müller und die Schattendorfer Opfer, schossen Löcher in jenes leitende Prinzip der sozialdemokratischen Politik. Unter den Salven vom 15. Juli aber ist es zusammengebrochen und aus dem Blut der Massener Opfer dieses Zusammenbruches erstet und muß wachsen die linke Kritik, die linke Opposition.

Die SP-Führer gehen nach rechts — die Massen müssen nach links!

Bauer ist nach seinen eigenen Worten kein grundsätzlicher, unbedingter Gegner einer Koalitions- oder Konzentrationsregierung. Er streitet mit Renner nur über das Wann. Dabei erfahren wir zunächst einmal ziemlich unverblümt wie Bauer das Verhältnis der Sozialdemokratie zur Bourgeoisie einstellt.

Bauer sagt allerdings mit etwas schöneren Worten: Kann die Bourgeoisie nicht allein regieren, so hilft ihr die SP, indem sie in die Regierung eintritt. Wenn die Massen aber zu rebellieren beginnen, weil die SP den Kapitalisten offenkundig hilft, so tritt die SP aus der Regierung aus, um das Abströmen der Massen nach links hintanzuhalten und um so der Bourgeoisie durch Aufhalten der Revolutionierung der Arbeiter zu helfen. So oder so: die sozialdemokratische Politik hilft der Bourgeoisie und mit den paar Konzessionen die die Bourgeoisie für diese

Hilfe je nach Konjunktur gibt, bedeckt die Sozialdemokratie den dünnen Leib ihrer Politik.

Renner will die Koalition jetzt und hat sie der Bourgeoisie bereits offen angeboten. Bauer ist gegen die Koalition im gegenwärtigen Augenblick. Er fürchtet, die SP würde die Massen verlieren, weil sie bei der gegebenen Lage die offenkundige Mitverantwortung der Sozialdemokratie an der kapitalistischen Politik klar sehen würden, ohne durch genügende Konzessionen beruhigt werden zu können.

»Gelingt es uns durch volle Ausnutzung aller demokratischen Möglichkeiten, durch schärfsten Kampf gegen den Bürgerblock immer stärker zu werden, dann wird wohl der Augenblick kommen, in der die Kooperation der Klassen (dies: Koalition) nicht nur notwendig, sondern auch fruchtbar sein könnte. Das heißt: Bauer will die Koalition, aber erst in einem Augenblick, wo er hofft, die Hilfe für die Bourgeoisie durch solche Konzessionen verdecken zu können, die die Arbeiter beruhigen. ...

Aber »wir müssen so stark werden, daß die Bourgeoisie, die selbstbewußte Bourgeoisie von heute, uns nicht mehr regieren kann. Wir müssen zu den Industriearbeitern die Landarbeiter und Angestellten gewinnen, müssen die Mittelschichten in Stadt und Land zu uns herüberzureißen suchen. ... Wir müssen die demokratischen Kampfmittel ausnutzen, um die Mehrheit des Volkes unter Führung der Arbeiterklasse zu sammeln. ... Wir müssen durch die Entscheidung des allgemeinen Wahlrechtes die Staatsmacht erobern.«

Also für die absehbare Zeit, nur für etwas später als Renner es wünscht — Koalition. Der Stoff Bauers geht nach links. Um nichts als Rechte zu erscheinen stößt er auch gegen Renner. In Wirklichkeit steht er mit Renner auf demselben Boden der rechten altherwürdigen Koalitionspolitik.

Für die Zukunft — sozialdemokratische Regierung. Auch dazu wird kommen — bis die Bourgeoisie es unweigerlich nötig hat.

Selbstverständlich denkt die Kapitalistenklasse nicht daran, für sich aus freien Stücken das radikale Kleinbürgertum (die SP) regieren zu lassen. Auch dafür sorgt Bauer vor. »Wenn die Bourgeoisie uns die demokratischen Kampfmittel, mit denen wir kämpfen und siegen wollen, zu entreißen suchte, wenn sie es versuchte, die demokratische Republik zu stürzen, eine monarchistische oder faschistische Diktatur aufzurichten, in diesem einen Fall würden wir zu den Waffen der Gewalt greifen. ... Kampf um die Staatsmacht mit den Mitteln der Demokratie! Gewalt nur zur Verteidigung der Demokratie wenn die Bourgeoisie sie angreift!«

Mit Verlaß: am 15. Juli hat die Bourgeoisie das fundamentale Grundrecht der Demokratie, das Recht der Massen auf Kundgebung, mit Gewalt angegriffen. Wobliegen da die Waffen der Gewalt zur Verteidigung der Demokratie?!

Mit Verlaß: will Bauer die Waffen der Gewalt gegen die kapitalistische Diktatur — sei sie nun faschistisch oder monarchistisch — anwenden erst bis sie auf der Höhe ihrer Macht steht oder wenn sie im

Begriffe ist sich aufzurichten? Und ist sie im Begriff sich aufzurichten? Und war der 15. Juli dazu der erste große blutige Auftakt? Ja oder Nein?

Mit Verlaß: gesetzt den Fall die SP erobert mit demokratischen Mitteln die Regierungsmacht, gesetzt die Reaktion greift dann mit Waffen an, dann werde die Sozialdemokratie zu den Waffen greifen. Mit Verlaß: mit welchen Waffen? Habt ihr nicht die entscheidenden Waffenbestände aus dem Arsenal aus der Hand gegeben in die Hand der Reaktion?

Ueber Wehrhaftigkeit nicht schwätzen, sondern an ihr praktisch arbeiten, das sind goldene Worte Bauers. Aber er möge sie vor allem an sich und die sozialdemokratische Führung richten.

Die Sozialdemokratie hat 1919-20 die Schaffung und den Ausbau einer ersten Ordnerorganisation verhindert, als sie im Staate dominierte und ganz andere Möglichkeiten sie auszubauen hatte als heute.

Und was tat die Sozialdemokratie 1920 bis 27 für die ernste Wehrhaftigkeit der Arbeiter? Sie schwätzte und schwätzte als richtige Partei der Kleinbürger. Ihre praktische Arbeit am Schutzbund zeigte sich am 15. Juli. Die Tatsachen sprechen!

Wird sie nach dem 15. Juli endlich daran gehen den Schutzbund zur Massenorganisation der Hunderttausende, zur militärischen Kampforganisation des Proletariats auszubauen, den Kampfegeist darin zu züchten, Schluß zu machen mit der Staberlwirtschaft und den Schutzbund nach dem Muster der Frontkämpfer, Heimwehren, Hackenkreuzler auszurüsten?

Die Tatsache, daß das Um und Auf der sozialdemokratischen Politik selbst nach dem 15. Juli der Kampf um die Koalition ist, das Bündnis mit den Kapitalisten, diese Tatsache spricht Bände. Die Politik der SP war, ist und bleibt unproletarisch, antirevolutionär, kleinbürgerlich.

Die Sozialdemokratie wird über die Wehrhaftigkeit so wie bisher nur schwätzen, sie wird keine ernste proletarische Wehr organisieren. Auch das werden die Tatsachen wieder zeigen.

Aber die Massen lernen aus solchen Tatsachen wie es der 15. Juli war. Sie lernen aus der Tatsache des »Kampfes um die Koalition«. Und andere Tatsachen werden folgen. Im Lichte dieser Tatsachen werden die Massen die sozialdemokratische Politik immer schärfer prüfen und durchschauen.

Angesichts der entschlossenen Gewaltoffenheit der Bourgeoisie ist das radikale Kleinbürgertum zusammengeknickt, verschiebt seinen Kampf um die Regierungsmacht auf eine »bessere Zukunft« und möchte sich mit einem Anteilchen an der Regierung bescheiden. Darum steuert seine Partei, die Sozialdemokratie noch weiter nach rechts als bisher, von der parlamentarischen Opposition zum offenen Koalitionsangebot.

Dazu stehen die Klasseninteressen der Arbeiter im stärksten Widerspruch. Der Kurs der proletarischen Massen muß und wird daher nach links gehen: gegen die Bourgeoisie, gegen die kleinbürgerliche Kapitulationspolitik, auf dem Weg des Klassenkampfes zur proletarischen Revolution.

Die Offensivpolitik des englischen Imperialismus.

Der Zweck der Vorstöße auf dem Balkan, in den Randstaaten, am Mittelmeer, in Paris — Konzentration zum Krieg gegen Sowjetrußland!

Der englische Imperialismus geht mit außerordentlicher Energie und Aktivität daran, im kontinentalen Europa seine unbestrittene Vorherrschaft aufzurichten und damit zugleich die Voraussetzung für einen großzügigen Feldzug gegen Sowjetrußland zu schaffen.

In seinem Bestreben diese Vormachtstellung aufzurichten stößt der englische Imperialismus in Europa überall auf seinen Rivalen — den französischen Imperialismus. So entwickelten sich an den verschiedensten Berührungspunkten der beiden imperialistischen Mächte Konflikte, die dadurch charakteristisch sind, daß sie keineswegs die Tendenz zeigen in unmittelbare kriegerische Zusammenstöße zwischen England und Frankreich umzuschlagen, sondern alle einen Zug gemeinsam haben: die französischen kleinen Bundesgenossen aus der Einflußsphäre Frankreichs loszureißen. Diesen Kampf führt England indirekt durch seine Vasallenstaaten und verbindet diese Aktion der Zerschlagung der französischen Einflußsphäre mit der Politik der Einkreisung Frankreichs von Süden, der Unterstützung des neudeutschen Imperialismus und schließlich mit einer hartnäckigen Kampagne in Frankreich selbst, um Frankreich in solche politische Situationen hineinzumarschieren, in denen Frankreich der Unterstützung Englands bedarf und für die es sich als Gegenleistung der Vormachtstellung Englands in Europa und seinen weltpolitischen Interessen, z. B. jetzt in China, unterordnet.

Im allgemeinen hat England bei dieser Politik große Erfolge erzielt; in Rumänien, das unter der Regierung Averescu sich Italien und damit England unterordnete, gelang es Frankreich dagegen seinen Einfluß zurückzuerlangen, (Sturz der Regierung Averescu durch Bratianu).

Einen wichtigen Offensivstoß Englands stellt das kürzlich von Italien, dem Beauftragten Englands mit Spanien und Griechenland vorbereitete Bündnis dar, das keinen anderen Zweck hat als die Einkreisung Frankreichs im Mittelmeergebiet.

Auf derselben Linie bewegen sich jetzt die Balkan- und Randstaaten-Konflikte. Das faschistische, kleine Bulgarien würde es gar nicht wagen, die mazedonischen Komitatschi zu schützen und gegen das militärisch überlegene Jugoslawien aufzutreten, wenn es nicht von Italien und England gestützt würde. Offen nimmt auch die italienische Presse für Bulgarien Stellung. Den konkreten Anlaß bildet das ungelöste mazedonische Problem, die antimazedonische Politik der jugoslawischen Regierung, die die in Südserbien wohnenden Mazedonier ebenso vergewaltigt, wie einst die Kroatischen und serbischen Minoritäten im alten Österreich-Ungarn vergewaltigt wurden. Das mazedonische Problem wird und kann in einer sehr einfachen Form gelöst werden: in der Form der Balkan-Föderation, die alle Balkanländer umfaßt, die aber nur auf revolutionärem Weg, durch eine Arbeiter- und Bauernrevolution errichtet werden kann.

Ganz ähnlich liegen die Dinge im Konflikt zwischen dem faschistischen Litauen, das sich der Gunst Italiens erfreut und Polen, dem französischen Vasallstaat. Auch hier erklärt sich die Aggressivität des kleinen Litauens durch die Unterstützung Englands. Auch hier bildet das nationale Minderheiten-Problem den konkreten Anlaß.

Am allerdeutlichsten aber wird die Richtung aller dieser Vorstöße Englands durch die Politik, die England in Paris selbst betreibt, durch den zunehmenden Druck auf die französische Regierung, den Bruch mit Rußland zu vollziehen. Dieser Druck soll und muß Frankreich zwangsläufig der englischen Führung unterordnen. Es ist kennzeichnend, daß der englische Petroleum-Trust, die Royal-Dutch-Shell, der seinerzeit Besitzer gewaltiger Petroleumgebiete in Rußland war und hier zum Abbruch der Beziehungen mit Rußland in London erfolgreich drängte, nun in Paris durch die von ihm bestochene Rechtspresse zum Abbruch hetzt.

Es ist ganz klar, daß das internationale Proletariat sich nicht mit der müßigen Betrachtung abfinden

kann, daß die Gegensätze zwischen den beiden imperialistischen Mächten England-Frankreich »vielleicht doch« stärker sein werden als ihr gemeinsamer Gegensatz zum Sowjetstaat. Es ist mehr als symptomatisch, daß sich die französische Regierung als Anlaß ihrer Hetze gegen Genossen Rakowsky jenes Dokument der russischen Opposition aussucht, in dem mit aller Klarheit ausgesprochen wird, daß es die Aufgabe aller Kommunisten ist, im Falle eines Krieges gegen Sowjetrußland, in ihrem Lande den Bürgerkrieg vorzubereiten, die Armeen zu zersetzen und

den Uebergang der Armee zur roten Armee zu organisieren. Dieses Dokument, das vom Gen. Rakowsky als Mitglied des ZK der RKP und als einen Führer der russischen Opposition unterschrieben wurde, entwickelt nur die Leninische Taktik im Kriegsfall.

Der Krieg gegen Sowjetrußland ist das beherrschende Prinzip der ganzen Politik des englischen Imperialismus. Um diesen Krieg erfolgreich führen zu können, nimmt er jetzt Frankreich unter Druck, um es zur absoluten Gefolgschaft im Krieg gegen Sowjetrußland zu zwingen.

Der Krieg gegen Sowjetrußland, der räuberische imperialistische Feldzug gegen den ersten Arbeiterstaat der Welt, dem Hort der proletarischen Revolution, naht heran. Die Arbeiterklasse von Europa muß auf der Hut sein; reicht ihre Kraft nicht dazu aus, diesen Krieg zu verhindern, so muß sie mit den Mitteln des revolutionären Defaitismus, der Zersetzungsarbeit in den Armeen, der Sabotage in den Munitionsfabriken, mit den Mitteln des bewaffneten Aufstandes gegen die eigene Bourgeoisie dem Proletariat Sowjetrußlands zu Hilfe kommen.

Die gegenwärtige Leitung der Komintern unterstützt den österreichischen Anarcho-Kommunismus!

Die linken Phrasen in Österreich sollen den Rechtskurs der Stalin-Bucharin im Weltmaßstab maskieren.

Seit vielen Monaten verfolgen wir mit steigender Besorgnis die Entwicklung der Kämpfe in der russischen Kommunistischen Partei und im Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale (Ekki). Wir waren der Auffassung, daß es politisch am zweckmäßigsten sei, anlässlich der Vorbereitung des 15. Parteitag der russischen Partei, der am 1. Dezember 1927 stattfindet, auf Grund der schriftlich formulierten Anschauungen sowohl des Zentralkomitees als auch der Opposition der russischen Partei Stellung zu nehmen zu den entscheidenden Fragen, die im Brennpunkt der Diskussion stehen, zur Frage der China-Politik des Ekki, zu seiner Taktik im anglo-russischen Komitee (jetzt durch die Engländer gesprengtes gemeinsames Spitzenkomitee der russischen und englischen Gewerkschaften) und insbesondere zur Politik in Rußland selbst.

Wir haben uns geirrt. In Ihrem Bestreben mit allen Mitteln die unbenutzte, von den Genossen Trotzky und Sinowjew geführte bolschewistische Opposition zu vernichten, ist die gegenwärtige Leitung der Kommunistischen Internationale (Komintern) und der Kommunistischen Partei Rußlands die Fraktion Stalin-Bucharin, dazu übergegangen, planmäßig die Veröffentlichung der Auffassungen der russischen Opposition zu verhindern, ihre Auffassungen zu verdrehen und zu entstellen und ihre Anhänger entweder aus der Partei auszuschließen oder zu verschicken. In einer Rede, gehalten am 1. August, kündigte Stalin an, daß die Auffassungen der Opposition nicht gedruckt werden.

„Und diese Leute (gemeint ist Trotzky, Sinowjew, Kamenew, Rakowsky, Piatakow usw. Anm. von uns) wollen, daß wir ihre halbdefaitistischen und halbmenschenwürdigen Artikel in unserer Parteipresse drucken. Ja, für wen halten sie uns den eigentlich? Besteht etwa bei uns schon eine Pressefreiheit „von den Anarchisten bis zu den Monarchisten“? So wird die russische Opposition gezwungen, ihre Auffassungen mittels Vervielfältigungen ihren Anhängern bekanntzugeben. Dafür wurden nun Genossen Trotzky und Wujowitsch aus dem Ekki ausgeschlossen, Genosse Wujowitsch in die Verbannung nach Woronesch geschickt und als er sich weigerte zu fahren, aus der Partei ausgeschlossen.“

Für die österreichische, revolutionäre Arbeiterbewegung bekommt gerade jetzt der Stalin-Kurs in der Komintern aktuelle Bedeutung, da sich das Ekki soeben in einer Resolution ausdrücklich mit der falschen opportunistischen und antileninistischen Politik der österreichischen Anarcho-Kommunisten (Alerstraße) solidarisiert. Wir haben uns geirrt als wir glaubten das Ekki sei falsch informiert. Das Ekki weiß was in Österreich vorgeht und billigt alles.

Unsere Aufgabe als revolutionäre Kommunisten in Österreich ist jetzt mit rücksichtsloser Schärfe die ideologischen und politischen Beziehungen zwischen dem rechten, opportunistischen Stalin-Kurs in der Komintern und dem österreichischen Anarcho-Kommunismus aufzudecken.

Unsere Aufgabe als internationale Kommunisten ist es aber, mit aller Leidenschaft und Energie den Kampf zu führen, gegen die Spaltung der russischen Kommunistischen Partei und der Komintern durch die Fraktion Stalin-Bucharin, gegen eine Spaltung die am 15. Parteitag der russischen KP mit dem Ausschluß Trotzky und Sinowjews beginnen soll. Indem wir in Österreich den Kampf beginnen gegen den opportunistischen Stalin-Kurs haben wir kein anderes Ziel vor Augen, als die Einheit der Komintern und die Einheit der kommunistischen Bewegung in Österreich auf Leninischer Grundlage.

Der Parteivorstand.

Die gegenwärtige Leitung der Komintern hat, nachdem sie ruhig zugesehen, wie der österreichische Anarcho-Kommunismus die Lehren Lenins planmäßig diskreditierte und fälschte, die Einheit der Partei zerrückte, die Kommunisten ausschloß, die Partei demoralisierte, politisch und moralisch verseuchte — die gegenwärtige Leitung der Komintern hat nun mit aller Klarheit in einer Resolution, die die »Rote Fahne« am 8. Oktober veröffentlichte, die falsche, opportunistische, absolut antileninistische Politik des österreichischen Anarcho-Kommunismus gebilligt!

Jetzt ist es Aufgabe aller wirklichen Marxisten-Leninisten in Österreich mit aller Schärfe und Klarheit nochmals die Politik des Anarcho-Kommunismus am 15. und 16. Juli zu überprüfen und jene Gründe bloßzulegen, die die gegenwärtige Leitung der Komintern veranlassen, eine Politik gutzuheißen, die allen Grundsätzen des Leninismus und allen Beschlüssen der Weltkongresse ins Gesicht schlägt.

In der erwähnten Resolution stellt das Ekki fest, daß am 15. Juli: »Die Losung der sofortigen Schaffung der Arbeiterräte, die der Aufruf der Exekutive enthielt, von der KPOe selbst nicht ausgegeben wurde und gleichfalls wurden seitens der Parteileitung keine Schritte zur Organisation irgendeiner Initiativgruppe der Arbeiterschaft unternommen. Die Parteiführer ließen sich zu schwach, um die Arbeiterklasse mit dieser klaren Hauptlosung zur Eroberung der Macht aufzurufen und zu führen.«

Das Ekki stellt ferner fest, daß »die politische Linie der Partei, wie sie insbesondere zum Ausdruck kam in dem Aufruf des ZK. anlässlich des Schattendorfer Mordes im Jänner, bei dem Arsenal-Ueberfall, in dem offenen Brief an die SPOe anlässlich der Wahlen, bei der Auslieferung der Arsenal-Waffen richtig war.«

Was war der 15. Juli?

»Ein besonderes Merkmal des Wiener Aufstandes, vom Standpunkt des internationalen Klassenkampfes aus, ist die Tatsache, daß zum ersten Male seit 1922 in Zentraleuropa trotz aller Stabilisierungsversuche

der internationalen Bourgeoisie erneut die Fahne des revolutionären Klassenkampfes erhoben und faktisch der Kampf um Sein oder Nichtsein der kapitalistischen Klassenherrschaft aufgenommen wurde.«

Das Präsidium des Ekki stellt in Übereinstimmung mit den österreichischen Anarcho-Kommunisten fest, daß erstens der 15. Juli seinem Charakter nach ein Aufstand und daß zweitens vom Wiener Proletariat »der Kampf um Sein oder Nichtsein der kapitalistischen Klassenherrschaft aufgenommen wurde«. Diese Einschätzung ist im Widerspruch mit den offenkundigen Tatsachen, ist grundfalsch, sie ist offenkundig unmarxistisch. Der 15. Juli war weder ein Aufstand, die Frage der Machtergreifung war weder im Bewußtsein der kämpfenden Arbeiter noch aber objektiv unmittelbar auf die Tagesordnung gestellt. Der 15. Juli begann als leidenschaftliche Demonstration der Arbeiterklasse, als Massenbewegung voll revolutionärem Elan gegen die Klassenjustiz und im Verlauf des Kampfes gegen den sichtbar werdenden Versuch der Bourgeoisie, den Polizeistaat zu etablieren. Diese unbewaffnete, spontane Demonstration am Morgen des 15. Juli verwandelte sich infolge des Fehlens einer revolutionären Führung, infolge des vollständigen Bankrotts der Sozialdemokratie, in eine blutige Niedermetzelung der Arbeiter durch die offensiv und bewaffnet vorgehende Reaktion. Am 15. Juli hat die Bourgeoisie die Republik des 12. November, die bürgerliche Republik, ersetzt durch die Polizeirepublik, in der die Grundrechte der bürgerlichen Demokratie suspendiert werden! Sie hat die offene Klassendiktatur gegen die Arbeiterklasse aufgerichtet.

Warum mußte der 15. Juli zu einer Niederlage werden?

Das Präsidium des Ekki übt Kritik an den »rechten Fehlern« der österreichischen Anarcho-Kommunisten und verurteilt, daß sich »die Partei zu schwach fühlte, um die Arbeiterklasse mit dieser klaren Hauptlosung (»Sowjets« Anm. d. Red.) zur Eroberung der Macht aufzurufen und zu führen.«

Dieser Kritik liegt — wir werden es weiter unten mit aller Deutlichkeit beweisen — ein bewußtes Verkennen und Ueberschätzen der Situation zu Grunde. Nur in einem hat die Kritik des Ekki recht, dort wo es feststellt: »Infolge der Unterschätzung der Radikalisierung und Kampfbereitschaft, sowie der Erregung der Arbeiterschaft nach dem Schattendorfer Urteil gab die Partei nicht bereits in der Nacht des 14. und am frühen Morgen des 15. Juli die Parolen des Generalstreiks und des Sturzes der Regierung heraus.«

Diese Parolen wären richtig gewesen, das war notwendig. Warum versagte aber hier der Anarcho-Kommunismus? Weil er so vollständig von den Massen isoliert, weil seine tiefste Ueberzeugung ist »die Massen wollen nicht kämpfen.« Ohnmachtsgefühle lähmen die Arbeiterklasse, (laut Beschluß des anarcho-kommunistischen Parteitags im Juni!), so daß er gar keine Ahnung hatte, wie tief die Gärung der Arbeiterklasse ging! Und eine solche Führung, einflußlos in der Arbeiterklasse, unfähig eine Situation einzuschätzen, opportunistisch zwischen pessimistischer Passivität und hysterischen linken Phrasen schwankend, sollte nicht nur den Stoß der Reaktion auffangen, sondern auch den planmäßigen Verrat der Sozialdemokratie wirksam aufzeigen? So waren die Voraussetzungen für einen revolutionären Abwehrkampf gegen die Reaktion — und das stand am 15. Juli auf der Tagesordnung — ungünstig. Und dennoch, sehen wir von der Gesamtpolitik des Anarcho-Kommunismus bis zum 14. Juli, seinen ungeheuren Fehlern im Kampf gegen Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit, seiner falschen Wahltaktik und seiner liquidatorischen Parteipolitik ab, sehen wir ab von seinem Unglauben an die revolutionären Massenenergien, der dazu führte, daß er am 14. Juli nachts noch keine Ahnung hatte, für welche Ziele die Arbeiterklasse unmittelbar bereit war zu kämpfen, so bleibt die Tatsache bestehen, daß die Taktik,

statt

die Arbeiterklasse unmittelbar zur

Abwehr, zur bewaffneten Abwehr gegen die Reaktion zu mobilisieren, die Demonstration in einen

Aufstand

umzuwenden und die Arbeiterklasse zur unmittelbaren Machtergreifung aufzurufen, grundfalsch, unleninistisch, marktschreierisch, nicht aber revolutionär war. Ja, es war möglich, wenn eine wirkliche KP, eine revolutionäre Führung bestanden und am 15. und 16. die richtige revolutionäre Abwehrtaktik eingeschlagen und den Massen gesagt hätte: die Reaktion hat zu den Waffen gegriffen, schlägt sie mit Waffengewalt nieder, stürzt die Handlanger der Reaktion, die Seipel-Regierung — daß die Massenbewegung sich verbreitert und vor allem vertieft hätte; im Verlaufe der sich verbreiternden, neue Massen einbeziehenden Bewegung wäre es dann möglich geworden

erfolgreich

die Parole der »Sowjets« aufzustellen und den Kampf zu zuspitzen auf den Kampf um die Macht.

Die Perspektive des Kampfes, die Machteroberung, als unmittelbare Losung, als Aktionslosung, aufzustellen, war unbolschewistisch. Diese Taktik führte zwangsläufig dazu, daß die SP — bereits am zweiten Tag — das Heft in den Händen hatte, den Generalstreik — ohnenennenswerten Widerstand zu finden — zerschlagen und verraten konnte. Die falsche Taktik des »Anarcho-Kommunismus«, mit der sich das Präsidium des Ekki solidarisiert, hat dazu geführt, daß die Kapitulationspolitik der SP nicht zur Revolutionierung der Massen, sondern zur steigenden Indifferenz geführt hat, während die Isolierung der Anarcho-Kommunisten von den Massen um nichts geringer geworden ist.

Warum unterstützt die gegenwärtige Leitung der Komintern den Anarcho-Kommunismus in Österreich?

Diese Frage wird zum entscheidenden Problem für alle wirklichen Revolutionäre, die auf dem Boden des Leninismus stehen. Diese Frage wird zu einem Problem von großer Bedeutung für alle wirklichen Marxisten-Leninisten der ganzen Komintern.

Die opportunistische Taktik des Stalin-Kurses in China. **)

Die Komintern hat in den letzten Monaten an zwei entscheidenden Knotenpunkten der proletarischen Revolution, in China und England, Niederlagen erlitten. Die ganze Politik Stalins, Bucharins und Martynows orientierte sich in China nicht auf ein Vorwärtstreiben der Massenbewegung, nicht auf die Hegemonie des Proletariates in der nationalen Revolution, obgleich es eine Grundauffassung des Leninismus ist, daß auch die nationalrevolutionäre Bewegung in den Kolonien nur siegen kann unter der Führung der Arbeiterklasse, verbündet mit den Bauernmassen. Planmäßig duldete und bestärkte Stalin-Bucharin die junge KP Chinas in ihrer falschen, opportunistischen Politik. In einer Situation von weltgeschichtlicher Bedeutung war die KP Chinas mit Wissen und Willen der Stalin und Bucharin ohne Sprachrohr, ohne Tageszeitung. Mit Wissen und mit Willen der Stalin-Führung verzichtete die KP Chinas auf eine eigene Klassenpolitik, auf Selbständigkeit und Kritik gegenüber der Kuomintang, um nicht die Bourgeoisie »abzustoßen«, ließen die Opportunisten Stalin-scher Prägung die chinesischen Arbeiter sich nicht bewaffnen, keine Streiks führen und deckten alle reaktionären, volksfeindlichen Handlungen der Kuomintang. Der bedingungslose Block mit der chinesischen Bourgeoisie, das war die Linie des Stalinismus, nicht aber die Entfesselung der Agrarrevolution unter Führung der Arbeiterklasse. Als die russische Opposition, als Trotzky und Sinowjew vor diesem »Block um jeden Preis« warnten, als sie, gemäß den Richtlinien des zweiten Weltkongresses die Schaffung von Sowjets forderten, um an Stelle der bestehenden halbfeudalen Verwaltung in den Provinzen eine revolutionär-demokratische Selbstverwaltung zu setzen, da bekämpften sie die Fraktion Stalin-Bucharin als »Menschewiken« oder als »Abenteurer«.

**) Aus Raumangel können wir leider nur die opportunistische Linie andeuten, umfangreiches Tatsachenmaterial werden wir demnächst veröffentlichen.

Anstatt Sowjets zu schaffen, überließ die Komintern Führung und Herrschaft über die revolutionären Volksmassen in China den Kuomintang-Generälen*), die als »revolutionäre Heroen« solange dem internationalen Proletariat vorgeführt wurden, bis sie einer nach dem anderen, nachdem sich die Bourgeoisie soweit gestärkt hatte, daß sie des Proletariats nicht mehr bedurfte, sich in Henker der chinesischen Revolution verwandelten. (Tschangkaitschek, Fengyusiang).

Der opportunistische Block mit den englischen Reformisten.

In England hat die Stalin-Bucharin-Führung auch nach dem Verrat der sogenannten »linken« Gewerkschaftsführer das anglo-russische Komitee beibehalten. Um den Block mit den gefährlichsten Verrätern der englischen Arbeiterklasse aufrechtzuerhalten — die Stalin-Bucharin-Führung hoffte, daß dieselben Reformisten, die den Generalstreik verraten hatten, einen wirklichen Kampf gegen die Kriegspolitik des englischen Imperialismus führen werden — ging die Stalin-Bucharin-Führung auf der Berliner Konferenz des anglo-russischen Komitees im März 1927 soweit, anzuerkennen

„daß der einzige Vertreter und das einzige Ausdrucks-mittel der Gewerkschaftsbewegung Großbritannien der Kongreß der englischen Trade-Unions und dessen Generalrat ist“

es wurde also aus opportunistischen Gründen die revolutionäre Minderheitsbewegung in den englischen Gewerkschaften einfach desavouiert und preisgegeben. Ferner mußte sich die russische Delegation verpflichten, daß ihre Politik

„keineswegs die Autorität des Generalrates vermindert“

noch daß sie sich »irgendwie in innere Angelegenheiten« der englischen Gewerkschaftsbewegung einmischen werde.

War die Linie der Stalin-Bucharin-Führung nach dem Generalstreik opportunistisch, ein sichtbares Abgleiten vom Bolschewismus der seine Karte niemals auf die »Treue« von Reformisten und Sozialimperialisten setzt, sondern sich nur auf die revolutionären Kräfte des Proletariats stützt, so wurde die Berliner Konferenz zu einer offenen Kapitulation vor den nun frech gewordenen englischen Reformisten.

Diese Kapitulationspolitik hat dazu geführt, daß sich die Revolutionierung der englischen Arbeitermassen nicht weiterentwickelte, daß die Minderheitsbewegung in den Gewerkschaften und die KP England nicht wuchs*, da sich die englischen Reformisten durch die »Freund-

schaft der Bolschewiki« und deren Verzicht auf »Kritik und Einmischung« gedeckt hatten. Die ungeschwächte Herrschaft der englischen Reformisten und Sozialimperialisten in der englischen Arbeiterbewegung deckte dem englischen Imperialismus den Rücken, so daß er zum offenen Angriff auf die Sowjetunion übergehen und die Beziehungen abbrechen konnte. Nunmehr sind die Lakaien der Bourgeoisie gefolgt — auf dem letzten Gewerkschaftskongreß konnten die Reformisten, nachdem sie sich mittels des anglo-russischen Komitees gestärkt hatten, aus dem anglo-russischen Komitee austreten; in die Offensive des englischen Imperialismus gegen Sowjetrußland schwenken nun die englischen Reformisten offen ein.

Die Politik der Kapitulation vor den Reformisten im anglo-russischen Komitee hat die Reformisten in England gestärkt. Die Stärkung der Reformisten gestattete dem englischen Imperialismus seine Offensivpolitik gegen Sowjetrußland zu beginnen. So führte die Politik der Stalin-Bucharin-Führung zu einer Schwächung der Sowjetunion und der Komintern.

Alle Niederlagen in China und England haben eine gemeinsame Wurzel: den Rechtskurs der Komintern unter der Stalin-Bucharin-Führung, das offene Abgleiten von den Grundsätzen und taktischen Prinzipien des Leninismus, die Revision des Leninismus.

Gegen diesen Rechtskurs in der ganzen Komintern, der zu Niederlagen und zur Schwächung Sowjetrußlands führt, wenden sich seit langem überall in erster Linie in Rußland selbst, alle revolutionären Kommunisten.

Das Linksgeschrei in Österreich soll den opportunistischen Kurs der Stalin-Bucharin Führung maskieren!

Mit verzweifelter Kraft versuchte sich die Niederlagenführung der Komintern angesichts des oppositionellen Ansturms zu behaupten. Mit allen Mitteln versuchte sie ihren Kurs als »links« darzustellen, um die Kritik der Genossen Trotzky, Sinowjew usw. zu widerlegen. In diese Situation fallen die Wiener Juüereignisse. Die Stalin-Bucharin-Führung, in der richtigen Erkenntnis, daß der österreichische Anarcho-Kommunismus auf die Ereignisse schon infolge seiner vollständigen Isolierung von den Massen, keinen bedeutenden Einfluß

nehmen könne, bezog und bezieht nun in Österreich planmäßig und bewußt eine ultralinke Stellung, von der aus selbst der österreichische Anarcho-Kommunismus wegen »rechter Fehler« kritisiert wird, zu dem durchsichtigen Zweck, um mit Hilfe der Politik in Österreich das Alibi ihrer revolutionären Linie überhaupt zuerbringen. Das Geschrei des Austro-Marxismus über »Moskauer Putschismus« kommt der Stalin-Bucharin-Führung gerade jetzt, wo ihre opportunistische Weltpolitik von der russischen Opposition aufs schärfste bekämpft wird, überaus gelegen.

So bildet die anarcho-kommunistische Partei in Österreich, gerade weil die Stalin-Bucharin-Führung mit der einflusslosen KPOe spielen kann, gerade weil hier die »linke« Sozialdemokratie herrscht, einen notwendigen Bestandteil im Rahmen des Rechtskurses, der im Weltmaßstabe angewendet wird und dem internationalen Proletariat die schwersten Niederlagen gebracht hat.

Ein furchtbares Verbrechen an tausenden alten Arbeitern.

20.000 alte Arbeitslose dem Hunger und der Kälte preisgegeben.

Von L. Stiff

Mit 20. Oktober haben 20.000 alte ausgemergelte Gestalten die schwülen stinkigen Räume der Vermittlungsstellen verlassen.

Ein Glück nannten sie es, diese alten Gebrochenen, arbeiten zu dürfen. Ja warum denn? Leicht begreiflich! Diejenigen Arbeiter, die Monate, ja oft sogar Jahre, mit S.2.50 täglich leben müssen oder mußten, dabei eine Familie zu ernähren hatten, wissen es, wie schmerzlich oft der Hunger am Körper nagt, dazu kommt noch der Winter mit seiner grimmigen Kälte. Meistens reicht nicht einmal mehr fürs Brot, viel weniger noch fürs Brennmaterial. Den ganzen Tag in einem eiskalten Raum, dazu noch die Qual des Hungers, das Jammern der Kinder, oh wie bitter! So trieb es die Jungen und die Alten täglich hinaus aus den Elendslöchern, hin zu den Vermittlungsstellen.

Voll gefroppte Räume, jung und alt drängt sich, dicke Rauchschwaden verhüllen diese armen verzweifelten, meist schon in Lumpen gehüllte Gestalten. Endlich erscheint ein Beamter, es wird ausgerufen, unsere alten Genossen werden wieder lebendiger, in der einen Hand die grüne Notstandskarte, voll von Erwartungen. Aber wie oft werden sie enttäuscht. Meistens heißt es: »Junge kräftige, selbstständige...« verzweifeln gehen unsere Alten wieder zurück in ihre Elendsbehausung. Doch hoffen sie noch, die alten sozialdemokratischen Genossen, wenigstens noch zu erleben eine ausgiebige Altersrente zu bekommen. Viele von ihnen erzählten oft

und oft leuchtenden Auges, von ihren jungen Jahren, von Schuhmeyer, Winarsky, Viktor Adler und anderen bekannten Arbeiterführern. — Wir haben doch damals schon die Altersversicherung auf unsere Fahne geschrieben, sie kann doch nicht mehr lange ausbleiben.

Aber sie warten vergebens. Blutig werden ihre Hoffnungen zerstört. Anstatt der Altersversicherung kommen die blutigen Julitage.

»Keine Milde!«, so schreit der Pfaffe, der an der Spitze unserer Polizei-Republik steht.

Jawohl diese Pfaffenregierung, sie kennt keine Milde, sie ist rücksichtslos brutal. Sie geht über Leichen.

Sie hat mit 1. Oktober 20.000 alte Arbeitslose mit einer sogenannten Altersrente abgespeist die im Monat das zwanzigfache der täglichen Arbeitslosenunterstützung ausmacht. 50 Schilling fürs ganze Monat für die Frauen nur 40 Schilling. Dafür aber verlangte das Bundesministerium für soziale (!) Verwaltung zur Deckung der Kosten der Altersfürsorge (!) vom 1. Oktober an einen zwanzigprozentigen Zuschlag zum normalen Krankenversicherungsbeitrag. Die Arbeitslosenversicherungsbeiträge werden aber nicht herabgesetzt, trotzdem die Leistungen der Sozialversicherung nicht gestiegen, sondern vielmehr gesunken sind. Also

Kampf für die revolutionäre Einheit der Komintern — die Voraussetzung der siegreichen Abwehr der imperialistischen Kriegsgefahr.

Die Einheit der Komintern, die Wiederherstellung der Leninschen Linie in der Komintern ist gerade jetzt eine unaufschiebbare Notwendigkeit, denn die falsche opportunistische Politik des Stalin-Kurses im Weltmaßstab hat die Sowjetunion so geschwächt, daß der Weltimperialismus seine Zeit gekommen glaubt und zum Krieg gegen Sowjetrußland unmittelbar rüstet. Der Kampf gegen die Kriegsgefahr (die Sowjetrußland droht, kann nur erfolgreich geführt werden, wenn man den Kampf gegen jenes System führt, das Sowjetrußlands Positionen schwächt, gegen das System des Stalin'schen Opportunismus.

mit 1. Oktober bekommen 20.000 alte Arbeitslose um ein Drittel weniger Unterstützung, dafür aber müssen die Betriebsarbeiter mehr zahlen.

Und unsere Alten?

Minister Resch hat doch in der am 16. September stattgefundenen Sitzung des Nationalrates erklärt: »Ich halte diesen Betrag für die alten Arbeitslosen für hinreichend«. Er selbst bekommt aber eine monatliche Gage von sage und schreibe 17.500 Schilling.

Zu der monatlichen Altersrente von S.50 kommt noch die ununterbrochene Steigerung der Lebensmittelpreise sowie aller Bedarfsartikel.

Was aber hat die große mächtige Sozialdemokratie gegen den Raub an den Alten getan? Nichts anderes wie einen Aufruf geschrieben, den sie am 7. September in der »Arbeiter-Zeitung« veröffentlichte. Dort kündigt sie den Kampf gegen den Raub an den alten Arbeitslosen an. Nun wie endigte der Kampf? Ganz einfach, mit einem sich überstimmen lassen am 16. September. — Die Sozialdemokratie hat den Kampf gegen den Raub an den alten Arbeitslosen genau so geführt, wie den Kampf für die Amnestie der Julioffer. Ja, noch weit mehr. In ihrem damaligen Aufruf heißt es: »Kampf gegen die Regierung des Arbeitermordes.« Was hat aber Dr. Karl Renner einige Wochen später in einer Vertrauensmännerkonferenz der »Technischen

Union« gesagt? Koalition! Also so stellen sich die Sozialdemokraten den Kampf gegen die Regierung des Arbeitermordes vor? In die Regierung hineingehen und mitregieren, anstatt sie zum Teufel zu jagen.

Euch alten Proleten, die Ihr jetzt zum Hungern und Frieren verurteilt seid, sagen wir: Werft eure reformistische Illusionen über Bord. Kehrt zurück zur Fahne des Klassenkampfes, hinter der Ihr zu Schuhmeyers Lebzeiten gestanden seid. Kein Jammern oder Schimpfen hinter den vier Mauern wird Euer Los verbessern oder Eure Hungerrente erhöhen. Wir Proleten ob alt oder jung, wir sind einmal zum Kampf geboren und werden ihn führen müssen, so lange es eine kapitalistische Gesellschaftsordnung gibt.

Altersrentner, Achtung!

Jene Genossen, welche das provisorische Aktionskomitee in seiner Arbeit unterstützen wollen, können sich täglich, mit Ausnahme Dienstag, im Gasthaus Fanowitsch, XVI., Koppstraße 47, in der Zeit von 7 bis 9 Uhr abends melden.

Das provisorische Komitee.

EINLADUNG

zu der am **Samstag, den 5. November 1927**, in Svejdas „Gambrinus-Säle“, XIII., Schanzstraße Nr. 31, stattfindenden

10-Jahrsfeier der russischen Revolution

Aus dem Programm:

Musik, Freiheitschöre, Rezitationen, rhythmische Tänze, lebende Bilder u. s. w.

Beginn 7 Uhr abends.

Vorverkaufskarten S. — 80 Karten an der Kassa S. 1.—

Karten erhältlich: Margareten, Gasthaus Papier, Kohlgrasse 4; Meidling, Gasthaus Kirchner, Rosaliagasse 11; Ottakring, Gasthaus Fanowitsch, Koppstraße 47; Hernals, Gasthaus Wikel, Hornmayergasse 48; Brigittenau, Gasthaus Nowak, Allerheiligenpl. 17; Floridsdorf, Gasthaus Mayerhofer, Bahnsteiggasse 2, außerdem in Svejdas Gasthaus, XIII., Schanzstraße 13.

Wegen Raummangel mußte der Schluß der beiden Artikelserien (Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, Wessen und Geschichte des Anarcho-Kommunismus) zurückgestellt werden, Schluß in der nächsten Nummer.

Die »Arbeiter-Stimme« wird in der nächsten Nummer mit der Veröffentlichung der authentischen **Dokumente der russischen Opposition** und der Opposition in der kommunistischen Internationale (Deutschland, Frankreich, Italien, Tschechoslowakei etc.) beginnen, um den österreichischen revolutionären Kommunisten die Möglichkeit zu geben, den liquidatorischen und opportunistischen Rechtskurs der Stalin-Bucharin-Gruppe in seiner ganzen Gefährlichkeit zu erkennen.

Eigentümer: Kommunistische Partei Österreichs (Opposition) Herausgeber und Verleger: Josef Frey, XII., Schönbrunnerstraße 236 Verantwortlicher Redakteur: Kurt Landau, XVIII., Vincenzgasse 24. Druck: Buch- u. Kunstdruckerei „Donau“, Wien, III., Custozgasse 8.

*) Kuomintang ist die Volkspartei Chinas, der auch die reaktionären Generäle Feng, Tschangkaitschek usw. angehören. Sie zählt 800.000 Mitglieder.

**) Die Mitgliederzahl der KP Englands ging von mehr als 10.000 auf 7400 zurück.